

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

10.6.1919 (No. 133)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe, Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur: C. A. M. e. n. b. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.42 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gestaltete Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 20 % Leerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Verpflichtung der Bezirksräte.

Das Ministerium des Innern hat unter Aufhebung des Erlasses vom 1. Oktober 1884 über die Ernennung der Bezirksräte bestimmt, daß künftighin die Bezirksräte bei ihrer ersten Versammlung durch feierliches Handgelübde an Eidesstatt in folgender Form verpflichtet werden:

Ich verpflichte mich durch feierliches Handgelübde an Eidesstatt, daß ich meine Pflichten als Bezirksrat treu und gewissenhaft erfüllen werde. Auf Ehre und Gewissen.

Der Verpflichtung geht eine Belehrung über die Bedeutung des Handgelübdes und die Aufgaben der Bezirksräte voraus.

Die Schulen und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die seit der Demobilisierung beängstigende Zunahme der geschlechtlichen Erkrankungen Jugendlicher aller gesellschaftlichen Schichten, namentlich in den größeren Städten, läßt es als unabwendbare Forderung erscheinen, die zur Entlassung kommenden Schüler der höheren Lehranstalten, einschließlich der Lehrerbildungsanstalten vor ihrem Abgang von der Schule und ihrem Eintritt ins freiere Leben über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu belehren und davor zu warnen. Am zweckmäßigsten wird diese Belehrung durch den Vortrag eines Arztes erfolgen. Die Leiter der neu- und altklassigen höheren Schulen für die männliche Jugend und der Lehrerinnen wurden deshalb vom Ministerium des Kultus und Unterrichts ersucht, nach Anhörung der Lehrerversammlung, zu der auch die Religionslehrer zuzuziehen sind, und im Benehmen mit dem ärztlichen Mitglied des Rates, die Abhaltung eines belehrenden Vortrages durch einen geeigneten Arzt zu veranlassen. Dabei bleibt dem Ermessen der Lehrerversammlungen der einzelnen Anstalten anheimgestellt, in welchem Umfang auch die übrigen Schüler der oberen Klassen zu dem Vortrag zugelassen werden sollen. An Orten mit mehr als einer höheren Lehranstalt wird die gemeinsame Abhaltung eines Vortrages empfohlen. In den Lehrerbildungsanstalten soll der den Unterricht in Gesundheitslehre erteilende Arzt zur Beratung der Lehrerversammlung und zur Aufklärung der Schüler beigezogen werden.

Die Handelslehrerprüfung für das Jahr 1919

wird am Donnerstag, den 31. Juli 1919, vormittags 8 Uhr, ihren Anfang nehmen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind unter Anschlag der Prüfungspapiere bis spätestens 30. Juni 1919 beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Dem Gesuch ist die Erklärung beizufügen, ob der Kandidat nach der neuen oder der alten Prüfungsordnung geprüft werden will.

Weitere Ernennung von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Die Mitglieder des Volksrats in Oberkirch, Lorenz Lepold aus Oberkirch, Emil Braun aus Karlsruhe und Georg Gouderou aus Rühl, ferner die Mitglieder des Volksrats in Waldshut: Alfred Keller aus Waldshut und Wolf Rosetter aus Jestetten wurden vom Justizministerium zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft, erstere für den Amtsbezirk Oberkirch, letztere für die Gemarkungen Waldshut, Dogern, Schmitzingen und Gurtweil bestellt.

Ein Wort zur Volkshochschulbewegung.

Von Dr. Emil Kraus, Abgeordneter.

Wir geben diese Ausführungen des Einsehers als einen sehr beachtenswerten Beitrag zu der vielerörterten Frage der Volkshochschule wieder. Der Verfasser schreibt von seinem Parteistandpunkt aus; der Entscheidung der Regierung wird dadurch nicht vorgegriffen. Die Schriftleitung.

Die Revolution, in der wir immer noch mitten darin stehen, wird die Bahn frei machen für wahrhaft echte Kulturpolitik, für gesunde Volkskultur an Stelle der verlogenen Kalkülkultur des alten Systems. Im blendenden Glanze der militäristischen Großmachtpolitik Preußen-Deutschlands und im Taumel unserer wirtschaftlich-technischen Errungenschaften haben wir geirrt, wie herrlich weit wir es an der Schwelle des 20. Jahrhunderts gebracht haben. Dann kam der Krieg, dieser furchtbare Weltkrieg, dieses wütende Selbstzerfleischen der modernen Menschheit, der Weltkrieg mit all seinem Leiden und Weltentend. Und dieser Krieg hat jedem tiefer Schauenden mit erschreckender Deutlichkeit den Tiefstand unserer sogenannten Kultur aufgezeigt. Keine Spur von wahrem Volkstum, von echtem Gemeinschaftsgeist, von Liebe, Opfer Sinn und Entagung, von deutscher Tugend und Größe — nur bei einigen ganz Wenigen, die noch dafür ausgelacht wurden —, sondern überall schändester Mammongeist, rücksichtsloser Egoismus, nationalstiller Machttaumel, Genußsucht, Lustgier und blasiertes Schlemmertum. Und dann kam die Revolution, der Zusammenbruch verbunden mit schlimmster moralischer Selbstvergewissung. Und nun stehen wir da und müssen neu aufbauen, aufbauen auf ganz neuen Fundamenten, denn die alten waren morsch und faul geworden. Das ganze 19. Jahrhundert war oberflächlichste Präsenzkultur ohne innere Tiefe und ohne Verwurzelung mit edlem, gesundem Volkstum. Ja war es denn überhaupt anders möglich? Überall auf allen Linien hatte der Kapitalismus gesiegt, gesiegt trotz der Schlichtheit und Sachlichkeit deutschen Lebens, trotz der idealistischen Bestrebungen unserer großen Dichter und Dürer, trotz der ernsten Mahnung und Warnung solcher, denen das Wohl des Volkes am Herzen lag. Der deutsche Staat war trassierter kapitalistischer Klassenstaat geworden. Der Wille zur Macht feierte seine glänzendsten Triumphe, und selbst alle Kultur stellte er in seine Dienste: Schule, Wissenschaft und Kirche. Die wahre Wissenschaft und Kunst verlor allert Zusammenhang mit dem Volkstum, sie wurde von dem Durchschnittstalent besetzt gegeben. Einer der feinsinnigsten Kulturphilosophen der Gegenwart, Max Scheler, sagt über die verlogene theatralische Kulturpolitik des alten Staates: „Inhaltlich brachte er bestimmte Richtungen der Kunst, Philosophie, Geschichte zu größter Wirklichkeit — solche, die ihn rechtfertigten. Die Masse des Volkes sperrte er vom höheren Kulturbesitz überhaupt aus und gab in Schule und Erziehung den großen Massen nur so viel und solches, was technisch notwendig war für die Arbeit und den Militärdienst in einem hochindustrialisierten und zugleich stark militäristischen Sozialsystem und was in Geschichte und Religionsdarstellungen so belehrt und beschämt war, daß es der Erhaltung seiner Herrschaftsverhältnisse dienete.“

Das werktätige Volk, der Arbeiter, wurde durch diesen kapitalistischen Wüchergest, der in der inneren und äußeren Politik triumphierte, zum Lohnsklaven, zum trostlosen Kampf ums wirtschaftliche Dasein herabgedrückt. Er stand abseits aller höheren Kultur, aller höheren Bildungs- und Menschenwerte, nach denen doch auch er sich so sehnte und um die er die Bestehenden so beneidete. Wie manchmal krampte sich ihm, angesichts dieser Verhältnisse das Herz zusammen — aber er mühte und hoffte, daß der Tag der Rache komme! Die Bourgeoisie kämpfte so gerne in patetischem Brüllton über den Materialismus der deutschen Sozialdemokratie, über den Materialismus der revolutionären Arbeiterklasse. Ja, war es denn anders möglich? Man muß doch auch den Klassenkampf der Sozialdemokratie, ihre ganze geistige Einstellung geschichtlich verstehen. Die Sozialdemokratie des alten deutschen Systems war das genaue Negativ zum Positiv des herrschenden Staates. Nur die schärfste Konzentration auf dem wirtschaftlichen Daseinskampf, nur der organisierte proletarische Klassenkampf konnte die Arbeiterschaft die soziale und damit auch die kulturelle Befreiung erhoffen lassen und nur eine völlige Neuordnung der ganzen Wirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage dem Volke eine bessere Zukunft verhießen. In diesem sozialistischen Klassenkampf der Arbeiterschaft streckte unendlich mehr Idealismus, unendlich mehr echte Sehnsucht nach Kultur und wahren Menschentum, als in dem blasierten Genußstern der bestehenden Klassen, die sich so stolz brühten mit ihrer Kultur, die zumeist doch nur äußere Färberei war, mit der man die innere Fäulnis überludete. Die Revolution hat diesem dekadenten System ein Ende gemacht und der revolutionäre Kampf des Proletariats wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis der Kapitalismus abgelöst ist durch das sozialistische Wirtschaftssystem, bis der Geist rücksichtsloser Klassenherrschaft abgelöst ist durch die echte soziale Gerechtigkeit aller für alle. Je mehr diese Entwicklung vorwärtsschreitet, um so mehr wird auch die ganze geistige Einstellung der Sozialdemokratie sich wandeln. Die Sozialdemokratie wird aus einer bloß verneinenden Partei des Niederreitens und Umsturzes eine positive Partei des Aufbaues werden. Denn was die Sozialdemokratie letzten Endes will ist nicht die sozialistische Gesellschaftsordnung als solche; auch das ist

ihre nur Mittel zum Zweck, Weg zum Ziel. Sie will die Veröhnung von Wirklichkeit und Idee, von Wirtschaft und Geist, sie will als Grundlage aller wahren Volkskultur ein Gesellschaftssystem, das bis ins letzte hinein durchdrungen und durchwirkt ist mit dem Geist der wahren Gerechtigkeit und sozialen Volksgemeinschaft. Sie will eine Kultur, die nicht schöne Theorie einiger Philosophen und Künstler ist, die man vielleicht bei feierlichen Anlässen mit hochtrabenden Reden preist, um in der Praxis um so leichter nach ganz anderen Prinzipien handeln zu können, sondern sie will eine wahre Volks- und Gemeinschaftskultur, die eine reale Lebensmacht im Leben des Einzelnen wie des ganzen Volkes ja, aller Völker des proletarischen Völkerbundes ist. Diese Veröhnung von Wirtschaft und Geist — daran hat es eben dem alten System gefehlt. Der Geist von Potsdam und Mitelbien hatte über den Geist von Weimar und Königsberg (Goethe und Kant) gesiegt. Der Name eines Kant im Munde Wilhelm des II. war eine furchtbare Blasphemie! —

Der kulturelle Neuaufbau unseres Volkstums, unserer wahren echten Volksseele, die ja doch im neuen Volksstaat ihre ureigenste Ausprägung erfahren soll, wird das schwerste Werk sein, das uns durch die Revolution gestellt ist. Mit der wirtschaftlich-sozialen Revolution wird die Revolution der Seele, des Geistes, der Bildung gleichen Schritt halten. Wir alle müssen heraus aus der gedankenlosen Anbeterei des Machtgespenstes, das uns gefangen hält, heraus aus dem Jagen nach blohem Genuß und Erfolg; wir müssen wieder zurück zur alten deutschen Einfachheit und Innerlichkeit. Das gilt vor allem den Bestehenden bei uns, dem schlappen ideelosen Bürger, dem Spießbürger, dem das kampfbare Festhalten an seinem hohen Eigentum sein ganzer Lebensinhalt ist. Es gilt aber auch unseren Arbeitern. Gott sei Dank, die sozialistische Gemeinwirtschaft, die Deutschland sich bauen wird, sie wird den Weg zu dieser Kultur erleichtern! Aber alle fähigen Kräfte müssen an diesem Werk der Volkserziehung im Geiste des Sozialismus mitwirken. Aus dem Trümmerhaufen dieses furchtbaren Weltkrieges, über den Resten der alten zerbrochenen Herrlichkeit des Gottesgnadenkönigtums wird sich ein neues edleres und ehrlicheres Deutschland erheben, jenes deutsche Volk, wie es unser großer Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation vorhergesehen und gestaltet hat!

Ein wichtiger Faktor in dieser sozialistischen Erziehungsaufgabe wird die Volkshochschule sein, der gerade wir Sozialisten unsere beste Kraft widmen müssen. Eigentlich besagt dieser Name „Volkshochschule“ nicht das, was wir im neuen Volksstaat damit meinen. Er paßt mehr für die Volkshochschulkurse, wie sie schon seit Jahren bei uns gepflegt werden. Sie sind aus England herübergekommen und in Deutschland zum ersten Male 1896/97 in München, Leipzig und Jena von den dortigen Universitäten abgehalten worden. Das waren und sind immer noch Fortbildungskurse zur Popularisierung der Wissenschaft für nicht akademisch gebildete Kreise des Volkes. Ein geistreicher Kopf unserer Tage hat sie treffend „Populäre Wissensvermittlungsanstalten“ genannt. Dieser Name trifft durchweg auf sie alle zu, so verschiedene Formen sie auch im Laufe der Entwicklung angenommen haben. So sind z. B. die Volkshochschulkurse der Universität Freiburg ein „Samenstreuen“ der Universitäts-Fachwissenschaftler unter weitere Kreise des Volkes zur sachlichen Belehrung und beruflichen Anregung. Die Volkshochschulkurse der technischen Hochschule Karlsruhe und der Handelshochschule Mannheim, die bereits tiefer in der werktätigen Bevölkerung verankert sind, sind berufliche Fortbildungs- und Weiterbildungsanstalten und auch die bayerische Volkshochschule, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts als national-christliche Erziehungsanstalt der Schullehrer errichtet und gegründet war, ist heute zum großen Teil doch landwirtschaftliche und gewerbliche Fortbildungsanstalt geworden.

So wichtig und bedeutend das alles ist und so sehr wir wünschen, daß weite Schichten der Arbeiterbevölkerung auch in Zukunft an diesen Volkshochschulkursen regen Anteil nehmen, so will dem gegenüber die Bewegung für freie Volkshochschulen, um die sich besonders der deutsche Volkshausbund annimmt, etwas wesentlich anders: die Schaffung von freien und selbständigen Volksbildungsanstalten größten Stils.

Nicht gelehrtes Fachwissen, irgend welche geistige oder technisch-berufliche Kenntnisse sollen hier vermittelt werden, sondern es sollen die Grundlagen wahrer Bildung geschaffen, es sollen freie, klare und starke Menschenpersönlichkeiten erzogen werden, mit der Fähigkeit zu selbständigem klarem Urteil und sicherem Handeln. Aber ein Gedanke soll besonders unterstrichen werden, und da stimmen wir sachlich dem zu, was Professor Hellpach dieser Tage in der „Badischen Landeszeitung“ geäußert hat. Auch diese Persönlichkeitsbildung der Volkshochschulen muß durchaus auf gediegener sicherer wissenschaftlicher Grundlage ruhen. Es gibt kein Deuten der Natur, kein Verstehen der Geschichte ohne die Naturwissenschaft, ohne die Geschichtswissenschaft, Soziologie usw. Der kantische Geist der gedanklichen Selbsttätigkeit und kritischen Bescheidenheit muß die Grundlage jeder klaren Weltanschauung bilden. Gerade hier sei uns Rephitas Wort eine ernste Mahnung, Verachte hier nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft, so habe ich dich schon unbedingt. Allerdings erst wenn in der Persönlichkeit des Lehrers strenge wissenschaftliche Sachlichkeit mit unerschütterlichem Blick und tiefen Erleben sich paart, erst dann taugt er für die Volkshochschule, erst dann wird er imstande sein, große Lebensanschauungen zu geben, ganze Persönlichkeiten zu bilden.

Diese freien Volkshochschulen sollen allen Volksgenossen ihre Bildungsarbeit angedeihen lassen, besonders aber den

werkstätigen Bevölkerungsschichten, die bisher dank ihrer sozialen Lage und Tradition nicht imstande waren, zu den Höhen einer glücklichen Menschenbildung aufzusteigen. Ihnen vor allem soll hier nur das Beste vom Besten in Kunst und Wissenschaft geboten werden, als Kaufleute ihrer Persönlichkeit. Hier soll der große soziale und kulturelle Gehalt des Humanitätsgedankens unserer Großen von Weimar seine praktische Realisierung erfahren. Schon diese rein grundsätzlichen Aufgabenstellungen der freien Volkshochschule macht uns die Bedeutung klar, welche sie für den Sozialismus hat. Sie wird für alles Volk die große Erziehungsstätte zum wahren Sozialismus sein, nicht in dem engen Sinne, als ob sie nur einseitig an Stelle der alten nationalstaatlich kapitalistischen Erziehung eine bestimmte wirtschaftliche oder politische Parteidoctrin lehren wolle — nein, sondern in dem weiten Sinne, daß der echte Kulturgehalt des Sozialismus zur Grundlage dieser Volkserziehung einer wahren Gemeinschaftskultur werden solle. Was im durchgeführten System der organischen Einheitschule die Volkshochschule als elementare Grundschule der Volksbildung ist, das ist die Volkshochschule als Erzieher und Kronen des ganzen Bildungssystems. Während alle anderen Schulformen (höhere Schulen, Universitäten im alten Sinn, Handels- und technische Hochschulen) mehr oder weniger Fachschulen für bestimmte Begabungen und Talente sind, wird die Volkshochschule die Persönlichkeitsbildungsschule für alle sein. Es ist eine der vornehmsten und grundlegendsten Pflichten des neuen Sozialstaates, sofort solche freien Volkshochschulen ins Leben zu rufen und alle Anregungen und Arbeiten, die in dieser Richtung gehen, weitgehendst zu unterstützen. Dafür muß Geld da sein, denn das Geld, das in diese Bildungsstätten hineingelegt wird, trägt tausendfältige Frucht. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß unsere politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ihre besten Leute in diese Volkshochschule schicken, sie werden als ganze Menschen und Träger wahrer Kultur wieder in ihrer Arbeitsstätte, zur Familie und Arbeitsgenossen zurückkehren.

Politische Neuigkeiten.

Die Verhandlungen in Versailles.

Die Beratungen über die deutschen Gegenentwürfe scheinen, wie das R.A.B. unterm 8. meldet, in den Sonderausschüssen mühselig voranzukommen. Nicht alle zuständigen Ausschüsse konnten, wie ursprünglich bestimmt war, gestern ihre Berichte fertigstellen. Die offiziellen Blätter sprechen denn auch heute nicht mehr von der Abarbeitung der Note am Dienstag oder Mittwoch, sondern glauben, daß es Ende der Woche werden könne. Nationalistische Blätter nehmen indes Stellung gegen die Zugeständnisse, haben sich aber heute mit dem Gedanken abgefunden, daß die von Deutschland zu zahlende Gesamtschuld unverzüglich festgelegt wird. Dagegen erklärt die nationalistische Presse übereinstimmend, es sei unmöglich, Deutschland nach kurzer Frist in den Völkerbund aufzunehmen. „Echo de Paris“ sagt, Deutschland würde dadurch das Gefühl für eine Niederlage verlieren. Auf keinen Fall dürfe die französische Regierung diesem Vorschlag, der anscheinend von Lloyd George komme, zustimmen. Das „Journal“ erklärt: im Falle eines Eintrittes Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen müsse das wirtschaftliche Regime auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit aufgebaut werden. Deutschland könne alsdann dieselben Garantien fordern, wie alle anderen Nationen abstrahieren. Solche Maßnahmen seien nicht möglich, wo es in Deutschland 10 Millionen im Kriegsdienst ausgebildeter Männer gebe (und in den Ländern der Entente? Red.). Mehrere Blätter, darunter der „Gaulois“, die diese Frage besprechen, weisen große Besorgnisse auf. Mehrere Ausschüsse, die morgen vormittag ihre Berichte über die deutschen Gegenentwürfe vorlegen sollten, benötigten eine Fristverlängerung.

Neuer meldet aus Paris, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein werde. Im Viererrat gewinne die Anschauung allmählich an Boden, daß Deutschland eine genau angegebene Summe als Gesamtverbindlichkeit für den angerichteten Schaden auferlegt werden soll.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Völkerbunds-Kommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat nach einer von heute Dienstag datierten Meldung der T.-U. sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Der „Temps“ gibt eine Meldung englischer Blätter wieder, der zufolge Deutschland im nächsten Oktober in den Völkerbund aufgenommen werden solle.

Landestheater.

(Der „Freischütz“ in neuer Ausstattung.)

Die Neuausstattung des „Freischütz“, durch die das Karlsruher Theaterpublikum am Pfingstsonntag erfreut wurde, war ein in doppelter Hinsicht verdienstliches Unternehmen. Einmal, weil es heute besonders angebracht ist, den Wert der deutschen Kunst zu betonen, zum andern vom rein künstlerischen Standpunkt aus, denn die alte szenische Aufmachung, in der das ewig-junge Meisterwerk bei uns gegeben wurde, entsprach seit langem nicht mehr den Anforderungen, die an eine führende Bühne gestellt werden müssen — man erinnere sich nur an die unfreiwillige Komik der Wolfsschluchtsgänge! Auch die dekorative Gestaltung der übrigen Akte war durchaus veraltet und unzulänglich. Die Neuausstattung hat darin erfreulichen Wandel geschaffen. Schon das erste Bild, der reizvolle Waldplatz mit dem freien Ausblick auf Hügel, Felder, Dorf und Wäldchen gibt in seiner geschickten und ungezwungenen Zusammenfassung typischer deutscher Landschaftszüge einen sehr glücklichen Rahmen für die Exposition der Handlung ab, die so völlig im deutschen Volksempfinden wurzelt. Ausgezeichnet ist die romantische Bildheit und Unheimlichkeit der Wolfsschluchtsgänge getroffen. Auch die schwierigen Aufgaben, die der mittelmäßige Geisterputz an Regisseur- und Maschinemeister stellt, sind mit großem Geschick gelöst — zum mindesten was die Schreden des Gewittersturms, die Erscheinungen Samiels, der Mutter und Agathens anbelangt. Das übrige infernalische Zubehör, das auch bei raffiniertester Ausführung schier unerfüllbare Anforderungen an die Illusionsfähigkeit des Zuschauers stellt, tritt vernünftigerweise nur noch in beschränktem Maße in Aktion. Man würde vielleicht gut tun, die Aufmerksamkeit auch von diesem Rest noch mehr ab- und auf den feinsten Zustand der beiden Menschen überzulenken, die den Schrednissen gegenüberstehen, indem man die Szene im Vordergrund deutlicher sichtbar machte. Auch die Waldlichtung im dritten Akt war künstlerisch und geschmackvoll ge-

Die grosse Streikbewegung in Frankreich.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Confédération Generale du Travail erklärte in einem Aufruf, daß die Warnungen und Appelle der Arbeiterchaft an die Regierungen und die Arbeitgeber nicht gehört wurden, und daß infolgedessen zahlreiche Streiks in Paris und der Provinz ausbrachen, die ihren Ursprung im Widerstand gegen den Achtstundentag und in der ständigen Lebensmittelerhöhung haben. Der wirtschaftliche Ursprung dieser Bewegung sei klar: die Arbeiterchaft wolle ihr diesen Charakter bewahren.

Die Confédération Generale du Travail wisse, daß es, abgesehen von materiellen Forderungen, auch Forderungen sozialer Art gebe, welche der Arbeiterchaft am Herzen lägen. Die Confédération Generale du Travail sei bereit, für diese Forderungen zur Aktion überzugehen und bereite ihre Verwirklichung vor. Deshalb müsse sich der Streik auf korporative Forderungen beschränken.

Die Confédération erhebt vom letzten Nationalkomitee den Auftrag, die von ihm gefassten Beschlüsse durchzuführen. Die Confédération vergißt nicht, daß das Nationalkomitee die Dringlichkeit einer Amnestie und der Demobilisierung, die Einstellung jeder militärischen Intervention im Auslande und einen schnellen Abschluß des Friedens proklamierte. Schon in der nächsten Woche werden die Delegierten der Confédération Generale du Travail in alle Provinzen reisen, um dort den Arbeitern der Städte und des Landes ihre sozialen Forderungen klarzulegen.

Da die englischen Arbeiter und Organisationen dieselbe Aktion beschloffen, ersuchte die Confédération Generale du Travail sie, gemeinschaftlich vorzugehen. Die Antwort der englischen Arbeiter und das Ergebnis der Propagandawoche der Confédération werden über die Stunde dieser Aktion entscheiden.

An die Regierung und das Parlament richtet die Proklamation folgenden Mahnruf: Ihr kennt die Erregung und Unzufriedenheit, welche in den augenblicklichen Streiks zum Ausbruch kommen. Sie sind die Folge der Politik des Schweigens und der Tatsache, daß das feierliche Versprechen, in welchem der Völkerfriede und das fruchtbarere Zusammenarbeiten der Nationen in der Arbeit angehängt wurde, nunmehr vergessen ist. Die Confédération erklärt, daß die durch die Streiks aufgestellten wirtschaftlichen Probleme, die sozialen internationalen Probleme, deren Lösung von der ganzen Bevölkerung dringlich gefordert wird, schnell gelöst werden müssen. Wird man es wollen? Werden es die Parlamentarier und die Regierung endlich verstehen? Namens der organisierten Arbeiterklasse proklamiert die Confédération Generale du Travail diese Wahrheit aufs Neue und nimmt die Verantwortlichkeit auf sich, denn sie ist entschlossen, augenblicklich die Streiks zu unterstützen und ist der festen Überzeugung, daß sie den Wünschen der Arbeiterchaft entspricht.

Ein Pfingststraf an alle Völker der Erde.

Eine Massen Kundgebung gegen die Völkerverachtung und Zurücksetzung Deutschlands gegen einen Gewalt- und Schmachfrieden und für einen Rechts- und Dauerfrieden veranstaltete am Pfingstsonntag die Vereinigung der vergewaltigten Völker und der Deutsche Schutzverband für Grenz- und Auslandsdeutsche in der Berliner „Philharmonie“. Der Andrang war so gewaltig, daß eine zweite Versammlung im preussischen Abgeordnetenhaus angefragt werden mußte. Tausende deutscher Männer und Frauen und zahlreiche Vertreter unterdrückter und gedrückter Völker waren erschienen.

Zum Schluß wurde folgende Entschliessung angenommen, die als Pfingstpruch verbreitet werden soll.

An alle Völker! Die erste seit Kriegsausbruch in Berlin tagende internationale Versammlung beschloß von Tausenden von Männern und Frauen, erhebt nach Ansprachen eines Kapitäns, Herrrieders, Graf-Rothringers, Inders, Irlands, Dimaekendeutschen, Pälzers, Saar- u. Rheinländers, Schleswig-Holsteiners und Flamen förmlichen Einspruch gegen den Gewaltfrieden, der der Welt aufgezwungen werden soll. Zum Heil der Menschheit fordern wir alle einen Frieden des Rechts und der Selbstbestimmung. Die Friedensbedingungen über das Selbstbestimmungsrecht sind ein Sohn auf den Geist der Völkern. Wir fordern das Recht der Selbstbestimmung für alle vergewaltigten Völker und Völkerteile und wirtschaftlichen Schutz der Minderheiten in allen Ländern der Welt. Die unerhörten Opfer des Weltkrieges unter dem alle Völker haben leiden müssen und gelitten haben, müssen eine Weltwende zur Folge haben, die allen unterdrückten Völkern Freiheit bringt und allem Völkermorden für immer ein Ende macht. Nur so kann die Welt zu einem dauernden Frieden gelangen. Wir richten diesen Pfingststraf an alle Völker der Erde mit der Bitte, dem Geist der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen.

Die Meuterei in Toulouse.

Ein von der Zensur gestrichener Artikel der „Humanité“ trägt die Überschrift: „Was ist in Toulouse vorgegangen?“

Nach Berner Blättern verlautet in Genf, daß am letzten Sonntagabend ein Regiment des 17. A.-R. gementert habe, weil es zur Besetzung des linken Rheinufer nach Mainz beordert werden sollte.

Ein Ultimatum der Entente an Ungarn.

Der Präsident der Friedenskonferenz hat mittels drahtlosen Telegramms die Budapest Regierung formell aufgefordert, ihre Angriffe gegen die Tschechoslowakei unverzüglich einzustellen, widrigenfalls die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen seien, sofort zu äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen. Die Beantwortung des Telegramms habe innerhalb 48 Stunden zu erfolgen.

Gleichzeitig hat Clemenceau an die ungarische Regierung einen Funkspruch gelangen lassen, des Inhalts, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Vertreter Ungarns nach Paris einladen werden.

Ungarische Erfolge gegen die Tschechen.

Einem Funkspruch aus Budapest zufolge meldet das Ungar. Korrespondenz-Bureau: Nach zweitägigen Kämpfen haben die roten Truppen Kaschau genommen. Die Tschechen erlitten eine entscheidende Niederlage. Unsere Truppen nahmen außerdem Schynitz, Karpfen und Nagyhutan. Da die telephonische Verbindung mit dem ungar. Korrespondenz-Bureau seit gestern nachmittag unterbrochen ist, ist eine Prüfung der Nachricht auf ihre Richtigkeit unmöglich.

Das Tschechoslowakische Pressebureau bestätigt die ungarische Meldung durch folgende Nachricht: Gestern erneuerten die Magyaren ihre Angriffe auf der ganzen Front. Der Kampf war hauptsächlich östlich vom Fluße Sojo sehr erbittert. Unsere Truppen leisteten dort bis an den Rand von Kaschau heftigen Widerstand. Alle Contingierungsmassnahmen wurden auch für die Zivilbevölkerung in Anwendung gebracht. Der größte Teil der von der Stadt angekauften Borräte konnte nicht mehr vor den Angriffen in Sicherheit gebracht werden. Zwischen Waag und Rima sind heftige Kämpfe im Gange.

Die Ereignisse im Rheinland.

Aus Höchst a. M. wird berichtet: Landrat Dr. Klausen, Oberbürgermeister Dr. Janke und Abg. Haag haben am Sonntag nachmittag vom Militärverwaltungsrat Bene Altmeyer Urlaub für unbestimmte Zeit erhalten mit der Weisung, Höchst a. M. binnen 48 Stunden zu verlassen.

Die Agence Havas meldet aus Mainz, Dr. Dörten — der selbstgewählte „Präsident der rheinischen Republik“ — habe Wiesbaden nicht verlassen. Er siehe ständig unter Beobachtung. Es sei kein Angriff auf den Minister gemacht worden.

Nach einem Privattelegramm der „Rad. Pr.“ aus Paris hat die französische Sozialistenpartei in Gemeinschaft mit der Confédération du Travail eine revolutionäre Aktion gegen die imperialistische Politik Clemenceaus begonnen. Das Kriegsministerium hält große Truppenmassen bereit, um die zu erwartenden Unruhen zu unterdrücken. In der vergangenen Nacht erfolgte die Abstimmung des mächtigen und fest disziplinierten Eisenbahnerverbandes über einen baldigen Generalstreik zur Ergrünung der erhobenen Forderungen. Während andere Arbeiterorganisationen nur wirtschaftliche Forderungen stellen, enthalten die Forderungen der Eisenbahner sofortige Demobilisierung und Einstellung aller militärischen Unternehmungen sowie teilweise Änderungen des Friedensvertrages.

Gaut Wäntermeldungen haben die Bergarbeiter des Nord-Departements den durch Verhandlungen mit dem Pariser Arbeitsministerium herbeigeführten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Bergleuten abgelehnt und beschlossen, vorläufig weiter zu streiken. Einer Meldung aus St. Etienne zufolge haben die Bergleute des Loiregebiets beschlossen, nötigenfalls den Generalstreik zu erklären, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Die franz. Gewaltherrschaft in Mainz.

Der heftigste Ministerpräsident Ulrich hat heute an General Manain folgendes Telegramm gerichtet: Ich erfahre soeben, daß das französische Kriegsgericht in Mainz gestern 22 Eisenbahnarbeiter aus Anlaß des Demonstrationstreiks zu Gefängnisstrafen von insgesamt 33 Jahren 7 Monaten, darunter Einzelstrafen bis zu 5 Jahren, verurteilt hat. Diese harte Bestrafung hat Entsetzen in allen Klassen der Bevölkerung hervorgerufen, um so mehr, als sich der Streik nicht gegen das französische Militär, sondern gegen das hochverräterische Treiben gegen das eigene Vaterland gerichtet hat. Ich wende mich an Sie, Herr General, mit der eindringlichen Bitte, gegenüber der entsetzlichen Härte der Bestrafungen von Ihrem Begnadigungsrecht in weiserer Weise Gebrauch zu machen.

Hohheit tänzt Walzer.

Unsere Operettenbühne im Konzerhaus ist fleißig bemüht, Abwechslung in den Spielplan zu bringen. Nachdem vergangene Woche „Die Rose von Stambul“ in hübscher Aufmachung und guter Besetzung herausgebracht wurde, folgte am Pfingstsonntag eine gelungene Aufführung von Lea Achers „Hohheit tänzt Walzer“. Dieser Operette fehlt zwar das eigentlich Zündende, Geist- und Witzsprühende und musikalisch Originelle, sie ist aber andererseits doch so geschickt nach altbewährten Rezepten gearbeitet, daß es darin immer noch allerhand Nettes zu hören und zu sehen gibt.

Die kleinen musikalischen Effekte wollen allerdings mit Schwung und Raffinement herausgeholt sein. Als musikalischer Leiter verfuhr sich ein junger Karlsruher Künstler, Herr Richard Hannholzer, der mit viel Temperament den Stab über der kleinen Kapelle schwang, aber sie doch nicht ganz so mitreißend konnte, wie es vielleicht seine Aufgabe war, und der auch Mühe hatte, den Kontakt zwischen Orchester und Bühne immer ganz zu wahren. Die szenische Leitung hatte Herr Fritz Hande inne, der noch für flottere Zusammenpiel sorgen muß, damit der Hörer nie Zeit findet, über das Gehörte nachzudenken.

Herr Lafinger hat bei den richtigen Operettenschmick weg. Ihr Spiel als Vizi, ihr Gesang, ihr Tanz und ihr Aussehen sind immer fest und voll Temperament. Herr Willi Kelsch (Prinzessin Marie) berührt sympathisch durch eine helle, kräftige Stimme, ihre Darstellung der jugendlichen Hohheit war jedoch zu zurückhaltend und daher farblos. Den Bepertl gab Herr Alois Oberländer schwingvoll und gewandt, mit einer liebenswürdigen Unverfrorenheit, die sich allen Situationen gewachsen zeigt. Auch Herr Wrede als Aloisius Strampf und Herr Gande als Blunderer waren gut am Platze. Eine niedliche Szene war die Memmetprobe des kleinen Prinzen und Prinzchen.

Das Haus war gut besetzt. Das Publikum unterließ sich ausgezeichnet und ergozug sich durch lebhaften Beifall fast von jeder Lauszene eine Wiederholung. S. N.

Die Errichtung des Staatsgerichtshofes.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Staatenschauschuß nahm den Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes an.

Zum sozialdemokratischen Parteitag.

Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hielt gestern in Weimar eine Sitzung ab, der der Parteivorstand, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung sowie Vertreter aus den einzelnen Bezirken teilnahmen. Der Parteivorstand Hermann Müller gab einen Überblick über die Wichtigkeit gerade dieses Parteitages und nahm Stellung zu den zahlreich vorliegenden Anträgen, darunter auch zu dem Antrag auf Einleitung neuer Verhandlungen mit den Unabhängigen zur Beilegung der Parteispaltung. Als nicht empfehlenswert wurde es bezeichnet, den Parteitag mit einem besonderen Referat über die Außenpolitik zu belegen. Scheidemann werde, falls es zu einem Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die auswärtige Politik mitbehandeln. Die Zeit des Parteitages wurde als eng begrenzt bezeichnet. In Vorhänden des Parteitages sind Heinrich Schulz-Ostpreußen und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, Lise-Dresden aussersehen.

Spartakistische Unruhen in Bamberg.

In der vorigen Nacht machten Spartakisten Angriffe auf die Wachstation der Bürgerwehr in Bamberg. Auch auf die Festung wurde ein Handgranatenangriff verübt, der erfolglos blieb. Unter den in den letzten Tagen Verhafteten befindet sich auch der langgesuchte Feldwebel Maruse.

Grossbritannien als Bundesstaat.

Das englische Unterhaus nahm mit 187 gegen 34 Stimmen eine Entschließung zugunsten sofortiger Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Erwägung des Planes einer bundesstaatlichen Entwicklung an, wonach innerhalb des Rahmens der vereinigten Königreiche untergeordnete gesetzgebende Körperschaften für England, Schottland, Wales und Irland geschaffen würden.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die Tagesordnung der 26. öffentlichen Sitzung am Mittwoch den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, lautet:

Angelegte neuer Eingänge. Sodann kurze Anfragen: a. der Abg. Spengler und Karl, den Eisenbahnerwerb (Wetzheim-Lauda) betr., b. der Abg. Wittmann und Wang, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausfuhrgebiet betr., c. des Abg. Mager, die Verwertung der Holzbestände der Kreisverwaltung betr., und eventuell andere Anfragen.

Hierauf 1. Münchener Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918, die Erhebung von Steuern für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Leihschuldschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr., (Berichterstatler Abg. Schneider-Seidelberg).

2. Begründung und Beantwortung der Interpellationen a. der Abgeordneten Eberhard und Genossen, das Koalitionsrecht der Arbeiter betr., b. der Abgeordneten Dr. Schuster und Genossen, den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit betr., c. der Abg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Bürgerwehr betr., d. der Abg. Hertle u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Löffingen betr., e. der Abg. Seibert u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Galmweil-Schiltach betr., f. der Abg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverwaltung betr.

„Sozialisierung und Demokratisierung“.

Der in unserer Samstagsnummer unter vorstehender Überschrift wiedergegebene Bericht aus der „Mannheimer Volksstimme“ über eine Versammlung, welche der Herr Arbeitsminister Müller in voriger Woche in Mannheim abgehalten, enthält in seinem Schlusssatz einen Irrtum, und zwar auch in dem Punkte, der die Tätigkeit der Gerichte soll zueiner in der Wohnungsfrage betreffen.

Nicht Herr Minister Müller hat von der Verordnung gesprochen, nach welcher kein Mieter seine bisherige Wohnung zu verlassen braucht, ehe ihm eine andere zugewiesen werden kann, selbst wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, sondern der Versammlungsleiter. Die Tätigkeit der Gerichte soll zueiner in der Debatte, die sich an die erörterte Frage knüpfte, in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.

Aufruf der bad. Frauen an die Frauen der neutralen und der feindlichen Länder.

Die Frauen aller Parteien Badens erheben folgenden Aufruf an die Frauen der neutralen und der feindlichen Länder:

Nach einem furchtbaren Weltkrieg, der auch den Frauen aller kämpfenden Völker Opfer obzulegen aufzulegen, hat unser Heer auf Befehl der Regierung im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons die Waffen getrennt. In dem Gedanken, daß das Leben wieder voller Licht und segenspendender Arbeit sein darf, haben wir Frauen und Mütter aufgetaucht, hoffend auf einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Wir sind bitter enttäuscht worden.

Was unsere Gegner jetzt fordern, ist grausame Zerstörung unserer Lebensmöglichkeit, ist Verklawung der lebenden und zukünftigen Geschlechter, ist Schacher mit Land und Volk.

Gattinnen, Mütter, Schwestern aller Neutralen und unserer Gegner! Ihr seid gewiß einig mit uns, daß dem kommenden Geschlecht ein Krieg, wie wir ihn erlebt haben, erspart werden sollte; helft mit, daß dieser Friede nicht die Saat neuen Hasses aufgehen lasse; helft mit, daß der Friede ein Friede der Veröhnung werde und sich durch ihn ein Ideal gegenseitigen Vernehmens der Völker verwirklichen kann.

Die Frauen aller Parteien Badens.

Die Bekleidung der vorläufigen Reichswehr.

Die neue Bekleidung und Ausrüstung der Reichswehr ist für die in die vorläufige Reichswehr übernommenen Verbände nunmehr festgesetzt. Sie ist mit Rücksicht auf die ungünstige

Wahlhoff- und Finanzlage des Reiches so einfach als möglich gehalten und gestattet volle Ausnutzung der vorhandenen Bestände.

Die neue Bekleidung ist für alle Angehörigen der Reichswehr in Schnitt und Ausstattung gleich und aus feldgrauem Grundstoff. Der Helm bzw. Tschako fällt weg. An seine Stelle tritt die feldgraue Dienstmütze mit Schirm und Sturmgrünen aus schwarzem Leder. Auf den feldgrauen Besatzreifen ist die Kokarde in den deutschen Farben, von einem weihnmetallenen Eisenlaufkranz eingefasst, darüber auf dem Grundstück die Kokarde in den Landesfarben. Zu besonderem Dienst wird der Stahlhelm beibehalten.

An die Stelle der bisherigen Bluse tritt der Feldrock mit aufgenähten Brusttaschen und Stehumschlag mit grauen Doppellagen. Statt der Knieklappen wird eine zweifach gelegte Schultertasche getragen. Für alle Waffen ist die feldgraue Stiefelhose eingeführt. Dazu tragen die Fußtruppen Schnürstiefel und Wädelgamaschen, die Berittenen hohe Stiefel. Außerdem wird die lange, feldgraue Tuchhose getragen. Der Mantel bleibt wie bisher, jedoch zweireihig, mit Schultertasche.

Durch den Wegfall der Knieklappe und Klappen ist eine andere Art von Unterscheidungszeichen nach den Truppenteilen, Waffengattungen usw. notwendig geworden. So wird künftig gekennzeichnet: der Truppenteil durch seine Nummer auf einem abnehmbaren Armspigel auf beiden Oberarmen; die Waffengattung durch die Waffenfarbe und zwar Infanterie weiß, Schützen und Jäger grün, Kavallerie goldgelb, Artillerie hochrot, Pioniere schwarz, Kriegsmarineblau, Generalstab und Nachrichtenabteilung karminrot. Diese Waffenfarbe erscheint an der Doppellage am Rockkragen, als Kranz auf dem Rand des Armspigels, in der Nummer des Truppenteils auf dem Armspigel und den Vorstößen der Dienstmütze.

Durch ein gemeinsames Abzeichen (Schultertasche aus Drahtgeflecht) werden die Führer — Offiziere und Unteroffiziere — als solche gekennzeichnet. Durch Gradabzeichen — mattsilberne Treppen auf beiden Ärmeln — werden die einzelnen Dienstgrade unterschieden. Die Gradabzeichen werden getragen: von Offizieren und Unteroffizieren an den Oberarmen unter dem Armspigel, von Offizieren an den Unterarmen oberhalb des Aufschlages; die Gefreiten tragen die Treppen waagrecht, Unteroffiziere als nach oben offene Winkel, Offiziere als rund um die Ärmel gehende Armeistreifen.

Besondere Landmannschaftsabzeichen am Besatzstreifen der Mütze sowie besondere Abzeichen freiwilliger Formationen auf dem Oberarm dürfen mit Genehmigung des Reichswehrministeriums weitergetragen werden. Die bisherige Uniform kann nach Umänderung der Abzeichen und Unterscheidungszeichen in weitgehendstem Maße aufgetragen werden.

Gewerbelehrerhauptprüfung.

Amlich wird uns mitgeteilt:

Auf Grund der in der Zeit vom 26. bis mit 31. Mai 1919 abgehaltenen Gewerbelehrerhauptprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden: Walsch, Heinrich, von Bretten, Kaufner, Adolf, von Heidenheim i. W., Gattich, Wilhelm, von Durlach, Göttinger, Albert, von Mannheim, Jos. Albert, von Karlsruhe, Landwehr, Richard, von Trofingen, Lange, Richard, von Karlsruhe, Pleneiß, Wilhelm, von Neuenstadt i. W., Nippinger, August, von Oberhausen, Schermer, Franz, von Karlsruhe, Schuh, Rudolf, von Karlsruhe, Schumpp, Erwin, von Billingen, Siebert, Joseph, von Bohlbach, Sulzer, Hans, von Karlsruhe, Wunderle, Adolf, von Karlsruhe, Zimmermann, Heinrich, von Mannheim.

Aufgefundenes Geld.

Von ausländischer Seite wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden: am 11. Mai auf dem Bahnhof in Freiburg — Breisgau — eine Wappse mit 46 M.; am 11. Mai auf dem Bahnhof in Karlsruhe ein Taschengeld mit 13,48 M.; am 14. Mai auf dem Bahnhof in Kallstatt ein Geldbeutel mit 4,62 M.; am 14. Mai im Zug 331 ein Geldbeutel mit 32,86 M. und ital. Geld 50 Cent, abgeliefert in Mannheim; am 15. Mai im Zug 1500 ein Geldbeutel mit 93,70 M., abgeliefert in Freiburg — Breisgau —; am 15. Mai auf dem Bahnhof Ettlingen-Goldhof ein Geldbeutel mit 7 M., abgeliefert in Ettlingen; am 16. Mai im Zug 1083 ein Geldbeutel mit 23,47 M., abgeliefert in Rheinsheim; am 18. Mai auf dem Bahnhof in Mannheim-Neckarau ein Geldbeutel mit 4,31 M.; am 21. Mai im Zug 3039 eine Handtasche mit 194,95 M., abgeliefert in Mannheim; am 22. Mai auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 10 M.; am 23. Mai auf dem Bahnhof in Bahl der Betrag von 3 M.; am 23. Mai im Zug 6037 ein Taschengeld mit 10,75 M., abgeliefert in Triberg; am 23. Mai im Zug 812 eine Handtasche mit 5,17 M., abgeliefert in Baden-Baden; am 25. Mai auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 18 M.; am 25. Mai auf dem Bahnhof in Maltheim ein Geldbeutel mit 27,31 M.; am 25. Mai auf dem Bahnhof in Schwetzingen ein Geldbeutel mit 5,89 M.; am 25. Mai im Zug 697 ein Geldbeutel mit 18,36 M., abgeliefert in Kappelst.; am 26. Mai im Zug 1576 ein Geldbeutel mit 11,30 M., abgeliefert in Freiburg-Breisgau; am 26. Mai auf dem Bahnhof in Triberg der Betrag von 20 M.; am 26. Mai im Zug 452 ein Geldbeutel mit 3,70 M., abgeliefert in Medesheim; am 28. Mai auf dem Bahnhof in Lauda ein Brustbeutel mit 3,29 M. und 50 Cts.

5. Hauptversammlung des bad. Turnlehrerverbandes.

Am Freitag und Samstag fand unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Landes die 5. Hauptversammlung des bad. Turnlehrerverbandes statt. Die Tagung wurde eingeleitet durch praktische Vorführung von Turnwettkämpfen, an die sich eine Vorversammlung anschloß. Es wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt, worauf der Direktor der bad. Turnlehrerbildungsanstalt Prof. A. Eißler einen Rückblick auf das 50jährige Bestehen der badischen Turnlehrerbildungsanstalt warf, deren erster Direktor, der um die Organisation des badischen Schulturnens verdiente Alfred Maul war. Nach seiner 33jährigen Tätigkeit trat Prof. Dr. Friedrich Kösch an die Spitze der Turnlehrerbildungsanstalt. Der Krieg brachte eine sehr erhebliche Einschränkung der Anstaltsaktivität, in den letzten Monaten hat aber wieder regeres Leben eingekehrt. Der Redner betonte in seinen Ausführungen weiter, wie notwendig es sei, die Jugend durch Turnen, Spiel und Sport zu erziehen.

Der zweite Tag der Hauptversammlung wurde durch eine Gedächtnisfeier am Maul-Denkmal vor der Zentralturnhalle eingeleitet, wobei der Vereinsvorsitzende Dr. Sedinger-Mannheim eine Gedächtnisrede auf Hofrat Maul hielt. Es fanden dann einige Turnverführungen von Schülern hiesiger Lehranstalten statt. Daran anschließend folgte die Hauptversammlung des Vereins in der Aula des Gymnasiums, zu der auch die badische Regierung, die Stadt Karlsruhe und der bad. Landtag für Körperpflege und Jugendziehung Vertreter entsandt hatten. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag von Stadtschulrat Dr. Eißinger-Mannheim über „Körperzucht und Schulerziehung“, wobei ein umfassender Betrieb pflichtgemäßer Leibesübungen, als bisher gefordert, die Ausbildung besonderer Fachlehrer für höhere Lehranstalten und Seminare verlangt und der Ausbau der Turnlehrer-

Bildungsanstalt zur Landesturnanstalt angeregt wurde. Die Versammlung nahm die Leitfäden mit Zustimmung entgegen.

Neue Wetzversuche in Mannheim.

Aus Mannheim wird lt. oc. gemeldet. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei erläßt einen Aufruf an Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Unabhängigen und Kommunisten den Fall Levine zu einer großen Feste gegen die sozialdemokratische Partei und die gegenwärtige Regierung zu mißbrauchen suchen. Auch der Aktionsausschuß, der für die Einigung der sozialistischen Parteien wirkt, sei dabei tätig. Die sozialdemokratische Partei sei gleichfalls dafür eingetreten, daß das Urteil an Levine nicht vollstreckt werde. Da die geplante Demonstration am Dienstag den 10. ihre Spitze gegen die sozialdemokratische Partei richte, so fordert der Aufruf die Parteigenossen auf, dieser Demonstration fern zu bleiben.

Ein Irrtum und seine Folgen.

oc. Zu umfangreichen Widersehlichkeiten der Bauernschaft kam es in Rippberg bei Waldbrunn, als die Gendarmerie wegen Fortdiebstahls Erhebungen unternahm. Ein Teil der dortigen Einwohnerchaft hatte, in der Annahme der fürstlich leiningenschen Wald sei schon Gemeindegeld, dort Holz gehauen und nach Hause geführt. Die Erhebungen machenden Gendarmen mußten unrichtiger Sache abziehen und infolgedessen wurde am Freitag früh Rippberg von einem 40 Mann starken Gendarmerieaufgebot umstellt, die Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten nach Rosbach ins Gefängnis geführt.

Aus dem badischen Parteilben.

oc. Der Mannheimer Aktionsausschuß teilt dem Volksfreund mit, daß er seine Aufklärungsarbeit in Baden beendet und der Regierung sein Programm eingereicht habe. Die Regierung habe erklärt, erst nach Abschluß des Friedensvertrags mit dem Aktionsausschuß zu verhandeln.

BC. Seidelberg, 9. Juni. Die hiesige sozialdemokratische Partei hat das Hotel Lang (Artushof) käuflich erworben. Das Hotel soll zu einem Volks- und Gewerkschaftshaus eingerichtet werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 7. Juni. Eine Vertrauensmännerversammlung der christlichen Arbeiterbewegung nahm eine Entschließung an, die sich gegen den gegen die christlich-nationale Arbeitergesellschaft geübten Terror wendet und die Regierung auffordert, dieser Arbeiterschaft Bewegungsfreiheit zu geben und sie zu schützen.

BC. Seidelberg, 9. Juni. Die Verhandlungen zwischen dem Zementwerk Leimen und der Arbeiterschaft haben nach längerer Dauer zu einer Lösung geführt. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen mit der Gültigkeit vom 25. Mai bis Ende dieses Jahres mit der Bestimmung, daß er außer Kraft gesetzt werden wird, wenn der in Aussicht stehende Tarifvertrag kommt. Die Forderungen der Arbeiter auf Rücktritt des Direktors Schöb und Entlassung des Architekten Haug und des Ingenieurs Trief wurden zurückgezogen. Die Streikfrage werden nicht bezahlt. Am Dienstag wird die Arbeit wieder aufgenommen werden.

BC. Weinheim, 8. Juni. Am Freitag früh wurde in die Freudenbergische Villa ein Einbruch verübt. Drei bis vier Personen holten aus einem Schuppen der Firma Freudenberg Leibern herbei und stiegen mittels dieser durch das Fenster in das Innere der Villa, wo ihnen der zu Besuch weilende Sohn des Besitzers, Prof. Wilhelm Freudenberg aus Göttingen, erschossen entgegentrat, nachdem er durch einen Alarmschuß seines Vaters auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden war. Die Einbrecher gaben aus einem Gewehr und einem Revolver mehrere Schüsse auf Professor Freudenberg ab, der durch zwei Wundschüsse verletzt zusammenbrach. Durch einen dritten Schuß wurde ihm ein Arm amputiert. Die Täter ergriffen dann, ohne etwas zu rauben, die Flucht und entkamen. Die Verletzungen des Professors Freudenberg sind schwer.

Aus der Landeshauptstadt.

* Ein praktischer Vorschlag zur Erwerbslosenfrage. Verbandssekretär Boffi schlug die Errichtung einer ständigen Beschäftigungsstelle für Erwerbslose vor, in der Leute, die arbeitslos geworden sind, vorübergehend beschäftigt werden können (z. B. mit dem Zerklüppern von Holz usw.). Die Leitung der Anstalt soll einer gemeinnützigen Gesellschaft unterstehen, der die Stadt, die Gewerkschaften, die Krankenkassen, die Industrie usw. beizutreten hätten. Der Stadtrat hat beschlossen, die Frage, die früher schon einmal erwoogen wurde, unter Vertretung der Vorschläge Boffis erneut zu prüfen.

* Die neu gegründete Volkswachtgilde gab am Pfingstsonntag mittags von 12 bis 1 Uhr auf dem Schloßplatz ein volkstümliches Platzkonzert, das sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Das Programm war reichhaltig und wurde musterhaft ausgeführt.

Zeitschriftenschau.

Im Juniheft der „Deutschen Rundschau“ (herausgegeben von Rudolf Bechtel, Verlag Gebrüder Paetel Dr. Georg Paetel, Berlin) veröffentlicht L. Raschbau unter dem Titel „Aus der Werkstatt des ersten deutschen Kanzlers“ eine neue Folge von Schriftstücken aus der amtlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck. Peter von Kunz bringt einen gegenwärtig besonders beachtenswerten Beitrag „Deutschösterreich Südgrenze“. Lebhafte Aufmerksamkeit beansprucht eine sachkundige Abhandlung „Das Brennstoffproblem — eine Lebensfrage“ von Curt P. Sachs. Ein unbekanntes Kapitel zur Geschichte der schwäbischen Dichterschule bietet Hans Wolfgang Rath in seiner Studie „Eduard Mörike und der grüne Esel“. Über den neuen „Wrehm“ schreibt Wilhelm Völckel eine ausführliche Kritik. Harry Mahnc beendet seinen Essay über „Dietrich von Vilkincron“. Desgleichen bringt J. v. Uexküll die interessanten „Biologischen Briefe an eine Dame“ zum Abschluß. Theophile von Bodisco ist mit einer feinen psychologischen Novelle „Der Bagabund“ vertreten. Marie von Bunsen eröffnet eine Reihe von Schilderungen ihrer Bootfahrten „Auf den medlenburgisch-märkischen Gewässern“. In der literarischen Rundschau bespricht Otto Freiherr v. Raube unter dem Titel „Zwischen Morgen- und Abendland“ Hermann Kesselerings „Reisetagebuch eines Philosophen“, Albert Dresner das inhaltreiche Büchlein „Handwerk und Kleinstadt“ von Heinrich Lessenow. Kleinere Buchbesprechungen sowie ein Verzeichnis der Neuigkeiten vom Büchermarkt bilden den Schluß des abwechslungsreichen Heftes.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Verpflichtung des Wilhelm Linder von Zeitschneureut auf die Wald- und Jagdhut betr.
Wilhelm Linder von Zeitschneureut wurde heute als Wald- und Jagdhüter des Goffort- und Jagdams Karlsruhe auf Gemartung Zeitschneureut verpflichtet.
Karlsruhe, den 2. Juni 1919 M.640.
Bezirksamt. O.-3.184

Bei den auf Grund des Gesetzes vom 23. März/4. April 1919 vorgenommenen Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen wurden gewählt: M.641.

- a) Zu Mitgliedern des Bezirksrats Karlsruhe:
1. Kölsch, Leopold, Kaufmann, Karlsruhe,
2. Ermel, Gottlieb, Ratsschreiber und Landwirt, Knielingen,
3. Weill, Dr. Friedrich, Stadtrat, Karlsruhe,
4. Blum, Ernst, Schlossermeister, Karlsruhe,
5. Holz, Albert, Fabrikant, Graben,
6. Kammerer, Albert, Kaufmann und Landwirt, Graben,
7. Reiff, Hans, Buchdruckermeister, Karlsruhe,
8. Philipp, August, Bezirksleiter, Karlsruhe,
9. Erb, Gustav, Schriftföher, Karlsruhe,
10. Eberhardt, Christian, Dreher, Karlsruhe-Mintheim,
11. Geib, August, Buchdrucker, Manlenloch,
12. Trubinger, Jakob, Medatteur, Karlsruhe,
13. Ganz, Augustin, Maurer, Karlsruhe-Darlanden,
14. Demerth, Rudolf, Kaufmann, Karlsruhe,
15. Knopf Anton, Gastwirt, Karlsruhe.

- b) Zu Abgeordneten des Kreises Karlsruhe:
1. Frey, Wilhelm, Stadtrat, Karlsruhe,
2. Edelmann, Oskar, Fabrikant, Karlsruhe,
3. Red, Ludwig, Landwirt und Bürgermeister, Gegenstein,
4. Stritt, Karl, Landgerichtsrat, Karlsruhe,
5. Siegrist, Karl, Oberbürgermeister, Karlsruhe,
6. Geib, Ludwig, Landwirt, Riedolsheim,
7. Reiser, Karl, Postsekretär, Karlsruhe,
8. Höchstetter, Karl, Telegraphendirektor, Karlsruhe,
9. Hüfner, Gotthold, Fabrikant, Hochstetten,
10. Ruf, Gottlieb Friedrich X., Landwirt, Knielingen,
11. Ged, Eugen, Verleger, Karlsruhe,
12. Ubele, August, Korrektor, Karlsruhe,
13. Wöhner, Anton, Gemeinderat, Bulach,
14. Ebel, Heinrich, Schreiner, Graben,
15. Ott, Leopold, Maurer, Zeitschneureut,
16. Werner, Hermann, Maurer, Muffheim,
17. Krufe, Bernhard, Schmied, Karlsruhe,
18. Gerhardt, Julius, Dreher, Hagsfeld,
19. Böhler, Karl, Kaufmann, Karlsruhe,
20. Hafner, Ferdinand, Ref.-Automobilführer, Karlsruhe-Müppur,
21. Herrmann, Karl, Ökonom, Karlsruhe,
22. Anglinger, Luise, Frau, Füllforgerin, Karlsruhe,
23. Stadelbacher, Franz, Kaver, Oberrevisor, Karlsruhe.

Etwas Einsprachen oder Beschwerden gegen die Wahl sind binnen 8 Tagen von der Bekanntmachung an bei dem Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel anzubringen.

Die Wahlanfechtung hindert die einstweilige Einberufung der Gewählten nicht.
Karlsruhe, den 5. Juni 1919.
Wahlkommissär. O.3.188.

Bekanntmachung

betreffend Herabsetzung der Gültigkeitsdauer der Kontingentscheine für Sparmetalle.

Durch Veröffentlichung der Reichsstelle für Sparmetalle vom 20. Februar 1919 wurde die Gültigkeitsdauer der Kontingentscheine bezw. Teilkontingentscheine für die Berechtigung zum Bezuge der im Kontingentscheineverfahren zugewiesenen Metallmengen auf 2 Monate und die Berechtigung zur Einfuhr dieser Mengen auf 3 Monate, gerechnet vom Ausstellungsdatum des Kontingentscheins, herabgesetzt.

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß diese Gültigkeitsdauer weiter verkürzt wird auf 45 Tage nach Ausstellung des Kontingentscheins und zwar für alle Kontingentscheine, welche nach dem 15. Mai 1919 ausgestellt wurden und für alle Teilkontingentscheine, denen nach dem 15. Mai ausgestellt Kontingentscheine zugrunde liegen.

Die Berechtigung zur Einfuhr gegen Kontingentscheine bleibt wie bisher auf einen Zeitraum von 3 Monaten, gerechnet vom Ausstellungsdatum des Kontingentscheins, beschränkt.

Alle gegenteiligen Bestimmungen in dem Wortlaut der Kontingentscheine bezw. Teilkontingentscheine treten durch diese Bekanntmachung außer Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1919.

Reichsstelle für Sparmetalle.

Zahlungsaufforderung.

Das fünfte Sechstel der Besitzsteuer ist am 1. Juni fällig geworden. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge spätestens bis zum 14. Juni zu entrichten. Ist bis dahin nicht gezahlt, so muß nach gesetzlicher Vorschrift die Verreibung eingeleitet und Verfallnisgebühren angefordert werden. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos. In Kriegs-anleihe kann die Besitzsteuer nicht entrichtet werden. Auf Antrag kann in den dazu geeigneten Fällen der fällige Betrag gegen Sicherheitsleistung gestundet werden.

Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Hauptsteueramt — Finanzamt.

Badisches Landestheater.

Dienstag, 10. Juni 1919 (außer Miets.) Zu erm. Preisen

„Die Räuber“

Anfang 6 1/2 Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 10. Juni 1919

„Die geschiedene Frau“

Anfang 7 Uhr

Felix Bruckbräu, Dentist

früher 8 Jahre bei Herrn Zahnarzt Hutt.
Sprechstunden: von 9—1/1 Uhr und 3—6 Uhr
Samstag mittag und Sonntags geschlossen.
Erbprinzenstr. 29, Eingang Bürgerstr. Tel. 2672.
KARLSRUHE i. B. F.950

Wohnungsnot — Hilfe und Ausweg!

Wohnungsnot und Heimstättengesetz

Von

Dr. Hans Kampffmeyer
Badischer Landeswohnungsrat

(Schriften zur Wohnungsfrage, herausgegeben vom Badischen und Württemberg. Landeswohnungsverein, Heft 6).

Preis 90 P. u. 10% Feuerungszuschlag.

Inhalt:

- 1. Die Wohnungsnot. — 2. Der Ausweg. — 3. Träger der Bergesellschaftung. — 4. Die Baugemeinschaften als Schrittmacher. — 5. Heimstättenbezirk und Landesheimstättenverband. — 6. Mitgliedschaft. — 7. Die Verwaltung. — 8. Recht auf Wohnung. — 9. Verwaltung sämtlicher Mietwohnungen durch den Heimstättenbezirk. — 10. Dezentralisation der Verwaltung. — 11. Inbesitznahme von Mietwohnungsflächen durch den Heimstättenbezirk. — 12. Landesheimstättenverband. — 13. Zusammenfassung und Ausblick. — Anhang: Entwurf eines Heimstättengesetzes.

Verlag der G. Braunschen

Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Zür Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen

wird in Baden eine große Zahl von Ärzten und Sanitätsunterpersonal bei Abnahmecommissionen (Mannheim, Offenburg und Konstanz) Durchgangslagern Mannheim, Tauberbischofsheim, Karlsruhe, Rafstatt und Heuberg) und in Lazaretten gesucht.

Helft unseren Kriegsgefangenen zur schnellen Rückkehr in Heimatsort und Familie.

Beschleunigte Entlassung der Heimkehrenden hängt von der Zahl des Sanitätspersonals ab

Ärzte wollen sich sofort schriftlich an das Sanitätsamt XIV. A.-S. wenden unter Angabe der Art und des Ortes der gewünschten Verwendung. Lazarettbeschäftigung läßt nebenamtliche Dienstleistung zu. Dienst im Durchgangslager nicht. Bei Abnahmecommissionen tätige Ärzte müssen jederzeit — auch nachts — auf Abruf zur Verfügung stehen.

Beginn: Vom Beginn der Gefangenenauslieferung abhängig.

Dauer: Unbestimmt, von Auslieferungsfolge durch die Gegner abhängig.

Vergütung: 10—20 M. täglich am Wohnort des Arztes.

15—25 M. täglich außerhalb, je nach Art der Dienstleistung.

Sanitätsunterpersonal: Entlassene San.-Unteroffiziere, Militärkrankenwärter, Heilgehülfen, Krankenpfleger, Krankenträger, Angehörige von Sanitätskolonnen usw. wird von der Sanitätsabteilung 14 angeworben.

Bei schriftlicher Meldung Angabe über bisherige und jetzt gewünschte Verwendung. Wünsche werden vornehmlich berücksichtigt. Ausweise und Zeugnisabschriften beifügen.

Vergütung: ortsübliche Lohnsätze.

Einstellung erfolgt als Zivilangestellter auf Vertrag.

Generalkommando XIV. A.-S.

Preussischer Beamten-Verein in Hannover

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.
Versicherungsbestand 48448998 M.
Vermögensbestand 193349351 M.

Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsbauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichssteuerabgabe von 1/2% der Prämie trägt die Vereinskasse. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungslosien.
Wer rechnen kann, wird sich aus den Druckfachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.

Zufendung der Druckfachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch.

Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins in Hannover.

Bei einer Druckfachen-Anforderung wolle man auf die Antündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Einladung.

Die ordentliche Generalversammlung der Gemeinnützigen Hypotheken-Sicherungs-Gesellschaft e. G. m. b. H. in Karlsruhe wird auf
Freitag, den 27. Juni 1919, abends 6 Uhr,
in den kleinen Saal des Rathauses in Karlsruhe einberufen.

Tagesordnung.

- 1. Geschäftsbericht, Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Satzungsänderungen:
Wiederholter Antrag auf Streichung des § 4 und auf Änderung des § 29 Absatz 3, wobei darauf hingewiesen wird, daß die Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erststimmen beschlußfähig ist gemäß § 29 Absatz 2.
Ferner: Änderung des § 22 Absatz 1.
4. Neuwahl von 5 Mitgliedern und 2 Stellvertretern des Aufsichtsrates (§ 16 der Satzungen).

Die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung liegt bei der Geschäftsstelle, Marktgrafenstraße 61, dahier (Wantheus Heinrich Müller), zur Einsichtnahme auf.
Karlsruhe, den 6. Juni 1919. G.587

Der Vorstand:
Vastel Frey, Diemer.

Berichtigung.

4% Anleihe

der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniamerkt Kiel-Goarden.

In der in Nr. 108 der Karlsruh. Ztg. vom 9. Mai 1919 veröffentlichten Liste der am 11. April 1919 stattgefundenen XVII. Verlosung von Zeitschneureutnummern der zur Rückzahlung am 1. Oktober 1919 gezogenen Nummern muß es unter Lit. B hinter 2720, 2757 statt 3757 und unter Lit. D 12051 statt 12056 heißen.

Tierschutzverein

Mittwoch, den 11. Juni

Mitgliederversammlung:

Bier Jahreszeiten, Nebenzimmer, 8 Uhr abends.
Den Sommer über daselbst jeden 2. Mittwoch im Monat Zusammenkunft am runden Tisch. G.176

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 1988

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 62.

Tüchtiger Vertreter,

welcher in Apotheken und Drogerien gut eingeführt ist, sofort gesucht. Gefl. Offerten unter G.589 an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Willa

mit 7 bis 8 Wohnräumen nebst herrschaftl. Zubehör, Stallung für Kleinvieh u. mindestens 2 bis 3 Morgen Land, i. d. n. ö. westl. Umgebung Karlsruhes zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis und genauer Beschreibung des Besitzes unter G.588 a. d. Zeitung.

Bürgerliche Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit. M.621.2., Mannheim. Kaufmann G. A. Benz in Oberursel, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin

Dres. Ober hier, klagt gegen den Kaufmann Erich Bahl in Mannheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Schadenersatz aus unerlaubter Handlung mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung von 27530 M. 84 Pf. nebst 4% Zins hieraus seit 1. Januar 1919 und Vollstreckbarerklärung des Urteils gegen Sicherheitsleistung. Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 3. Oktober 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 3. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.654.2.1 Mannheim. Frau Marie Eßel geb. Briggold in Dresden, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Pfeiffenberger und Georg Müller hier — klagt gegen ihren Mann, Oenarbeiter Hugo Otto Eßel in Mannheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund des § 1665 BGB auf Scheidung der am 21. September 1911 in Bölnig-Kaasdorf geschlossenen Ehe und ladet ihn zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 19. September 1919, vorm. halb 10 Uhr, mit der Aufforderung, einen

bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 2. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.632. Baden. Der auf Ableben des Kaufmanns Haast — genannt Julius — Pinner von hier am 8. April 1918 erteilte Erbschein wird für kraftlos erklärt.

Baden, 6. Juni 1919.
Notariat 1 als Nachsch. gericht.

M.605. Lahr. Die durch Beschluß des Amtsgerichts Lahr vom 11. Dezember 1913 angeordnete Entmündigung des Landwirts Hermann Schläger aus Wittensweiler wegen Trunksucht ist unterm heutigen wieder aufgehoben worden.
Lahr, 24. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht.

M.585. Forzheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Adolf Martin, Tuchhandlung in Forzheim, wurde nach Vollzug der Schlußverteilung durch Beschluß des Amtsgerichts vom heutigen aufgehoben.
Forzheim, 31. Mai 1919
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. IV.

Verf. Bekanntmachungen

Bad. Forstamt Bruchsal versteigert im „Friedrichshof“ in Bruchsal jeweils vormittags 9.15 Uhr beginnend rund 7360 fm. Kuchholz wie folgt:

Montag, den 23. Juni: 1025 Stück Eschen I. bis III. Kl.

Dienstag, den 24. Juni: 2232 Stück Eschen IV. und V. Kl.

Mittwoch, den 25. Juni: 1010 Stück Eschen I.—VI. Klasse, 861 Ster Eschen und 425 Ster Eschen Kuchholz.

Donnerstag, den 26. Juni: 334 Stück Weißbuchen III.—V. Kl., 229 Rotbuchen I.—IV. Kl., 189 Rotulmen I.—V. Kl., 9 Weißulmen I.—IV. Kl., 4 Birken IV. und V. Kl., 3 Kiefer VI. Kl., 74 Ster Weißbuchen Kuchrollen.

Freitag, den 27. Juni: 1173 Stück Rotelken III. bis V. Kl., 54 Wobn IV. und V. Kl., 3 Ster Erle Kuchrollen, 3 Ster Forle Kuchrollen, 352 Ster Kiefer und 68 Ster Kiefer Brennholz.

Samstag, den 28. Juni: 743 Stück Forlen Abschnitte I.—III. Kl. Einzelverzeichnisse sind beim Forstamt zu erhalten, wofür weitere Auskunft erteilt wird. M.619

Die Lieferung des Werkbedarfs an Bahnhöfen für die Bad. Staatsbahnen bis Jahresabschluss 1919 ist in verschiedenen Losen nach Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Das Bedingnisbest kann bei der Generaldirektion Zimmer 234 eingesehen oder gegen Bestellgeldfreie Einlieferung von 50 Pf. bezogen werden. Angebote sind auf den von uns unentgeltlich erhältlichen Angebotsbogen beschließen und postfrei mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ bis spätestens Dienstag, den 1. Juli 1919, vorm. 10 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung der Angebote, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. M.630.2.1 Karlsruhe, 6. Juni 1919.
Bahnunterhaltungsbüro der Generaldirektion.

Wahnhofwirtschaft in Singen (Hohentwiel) mit Wohnung für den Bäcker ist auf 1. September 1919 zu vergeben. Nachangebote sind, mit Leumundungs- und Vermögenszeugnissen belegt, unter der Aufschrift „Bäcker der Wahnhofwirtschaft in Singen“ bis zum 25. Juni 1919 bei der Betriebsinspektion Konstanz, bei der auch die Bedingungen erhältlich sind, einzureichen. M.639 Karlsruhe, 6. Juni 1919.
Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.